

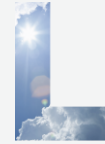


**MINISTERIUM
FÜR EIN
LEBENSWERTES
ÖSTERREICH**

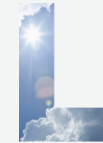
bmlfuw.gv.at

DIE UMSETZUNG DER REVIDIERTEN UVP- RICHTLINIE 2014/52/EU

**SUSANNA EBERHARTINGER-TAFILL
BMLFUW, ABT. I/1**



**MINISTERIUM
FÜR EIN
LEBENSWERTES
ÖSTERREICH**



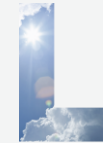
GRÜNDE FÜR DIE REVISION DER UVP-RICHTLINIE 2011/92/EU

- Berücksichtigung umweltpolitischer Herausforderungen (Prüfbereiche)
- Vereinheitlichung des Screening- Verfahrens
- Einführung bzw. Verstärkung der Qualitätsaspekte der RL
- Streamlining von Umweltprüfungen nach verschiedenen RL
- EuGH Judikatur

UMSETZUNG IM UVP-G 2000

- Zahlreiche Änderungen sind bereits durch das geltende UVP-G 2000 abgedeckt
- Handlungsbedarf in Teilbereichen

	Keine Änderungen
	Punktuelle Änderungen
	Neuerungen

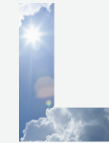


ONE-STOP-SHOP, PRÜFBEREICHE

UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
One-stop-shop (Art. 2) koordinierte oder gemeinsames Verfahren: <ul style="list-style-type: none">• obligatorisch bei Verträglichkeitsprüfung gemäß FFH-RL oder der VogelschutzRL• fakultativ bei Umweltprüfungen gemäß WasserrahmenRL, IndustrieemissionsRL, Seveso-RL, SUP-RL, AbfallrahmenRL	✓	Konzentriertes bzw. teilkonzentriertes Genehmigungsverfahren (FFH- und VogelschutzRL über Naturschutzgesetze mitkonzentriert)
Neue bzw. erweiterte Prüfbereiche (Art. 3) <ul style="list-style-type: none">• Bevölkerung und menschliche Gesundheit• Biologische Vielfalt• Klima• Fläche• Projektrelevante Auswirkungen aufgrund der Anfälligkeit des Projekts für schwere Unfälle und/oder Katastrophen	✓ × ✓ × ×	Teilweise Aktualisierung der in § 1 angeführten Schutzgüter Bezugnahme in § 6 (UVE)

FESTSTELLUNGSVERFAHREN (EINZELFALLPRÜFUNG)

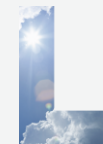
ART. 4



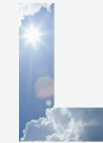
UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
<p>Auswahlkriterien in Anhang III Neue bzw. verstärkte Aspekte betreffend: Merkmale des Projekts:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kumulierung mit anderen <u>bestehenden oder genehmigten</u> Vorhaben • <u>Risiken schwerer Unfälle oder von Katastrophen, die für das betroffene Projekt relevant sind, einschließlich solcher, die wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge durch den Klimawandel bedingt sind</u> <p>Standort des Projekts:</p> <ul style="list-style-type: none"> • bestehende <u>und genehmigte</u> Landnutzung • Gebiete, in denen die für das Projekt relevanten und in der Unionsgesetzgebung festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits nicht eingehalten wurden <u>oder bei denen von einer solchen Nichteinhaltung ausgegangen wird</u> <p>Merkmale der Auswirkungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>Kumulierung der Auswirkungen mit den Auswirkungen anderer bestehender oder genehmigter Vorhaben</u> 	<p>✓ x ✓ ✓ ✓</p>	<p>Teilweise Adaptierung des § 3</p>

FESTSTELLUNGSVERFAHREN (EINZELFALLPRÜFUNG)

ART. 4

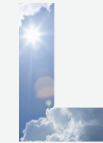


UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
Unterlagen für die Einzelfallprüfung (Anhang II.A) <ul style="list-style-type: none"> Beschreibung des Vorhabens Beschreibung der Schutzgüter, die von dem Projekt möglicherweise erheblich beeinträchtigt werden Beschreibung der Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt 	×	Derzeitiger § 3 Abs. 7: Vorlage von Unterlagen, die zur Identifikation des Vorhabens und zur Abschätzung der Umweltauswirkungen ausreichen Einführung eines neuen Absatzes in § 3
Feststellungsentscheidung		
Begründung (Verweis auf angewandte Auswahlkriterien)	✓	Ausreichende Begründung im Feststellungsbescheid bereits garantiert
Bei negativen FSB: allfällige projektintegrierte Verminderungs- und Vermeidungsmaßnahmen näher ausführen	×	Adaptierung der §§ 3 Abs. 7 bzw. 24 Abs. 5
Frist: max. 90 Tage ab Vollständigkeit der Unterlagen (für Ausnahmefälle Verlängerung möglich)	✓	Frist in Österreich beträgt 6 Wochen gemäß § 3 Abs. 7



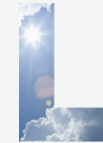
INHALTE DER UVE (ART. 5 ABS. 1 UND ANH. IV)

UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
Inhalte der UVE		
<i>Beschreibung des Vorhabens</i> Neu: Erforderliche Abrissarbeiten Energiebedarf, Verbrauch natürlicher Ressourcen	×	Bereits gängige Praxis legistische Adaptierung des § 6 (UVE)
<i>Alternative Lösungsmöglichkeiten</i> Neu: Beschreibung der vom PW untersuchten <u>vernünftigen Alternativen (z. B. in Bezug auf Projektdesign, Technologie, Standort, Größe und Umfang)</u> und Angabe der wesentlichen Auswahlgründe im Hinblick auf die ausgewählte Variante <u>einschließlich eines Vergleichs der Umweltauswirkungen</u>	×	Legistische Adaptierung des § 6 (UVE)



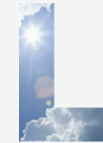
INHALTE DER UVE (ART. 5 ABS. 1 UND ANH. IV)

UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
<i>Beschreibung des Basisszenarios</i> (Nullvariante)	✓	Siehe § 6
<i>Beschreibung des Istzustands</i> Neu: Bezugnahme auf <u>biologische Vielfalt</u> , <u>Flächen</u> (z. B. <u>Flächenverbrauch</u>), <u>Boden</u> (z.B. <u>organische Substanz</u> , <u>Bodenerosion</u> , <u>Bodenverdichtung</u> , <u>Bodenversiegelung</u>), <u>Wasser</u> (z. <u>B. hydromorphologische Veränderungen</u> , <u>Quantität</u> <u>und Qualität</u>), <u>Klima</u> (z. B. <u>Treibhausgas-</u> <u>emissionen</u> , <u>anpassungsrelevante Auswirkungen</u>)	✗	Großteils bereits gängige Praxis legistische Adaptierung des § 6 (UVE)



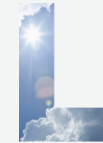
INHALTE DER UVE (ART. 5 ABS. 1 UND ANH. IV)

UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
<p><i>Beschreibung der Auswirkungen</i> Neu bzw. verstärkt: ... infolge</p> <ul style="list-style-type: none">• der Nutzung der natürlichen Ressourcen, <u>insbesondere Flächen, Boden, Wasser und biologische Vielfalt, wobei soweit möglich die nachhaltige Verfügbarkeit dieser Ressourcen zu berücksichtigen ist</u>• <u>Kumulierung der Auswirkungen mit anderen bestehenden und/oder genehmigten Projekten</u>• <u>der Auswirkung des Projekts auf das Klima (z. B. Art und Ausmaß der Treibhausgasemissionen) und der Anfälligkeit des Projekts in Bezug auf den Klimawandel</u>• <u>Beschreibung der zu erwartenden erheblichen nachteiligen Auswirkungen des Projekts auf die Umwelt, die durch die Anfälligkeit des Projekts für Risiken schwerer Unfälle und/oder Katastrophen bedingt sind, die für das betroffene Projekt von Bedeutung sind</u>	<p>✓</p> <p>✓</p> <p>×</p> <p>×</p>	<p>Großteils bereits gängige Praxis legistische Adaptierung des § 6 (UVE)</p> <p>derzeit: Klima-und Energie- konzept mit Schwerpunkt THG- Emissionen</p> <p>derzeit: Darstellung zu Störfällen</p>



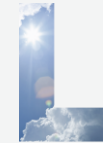
INHALTE DER UVE (ART. 5 ABS. 1 UND ANH. IV)

UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
<i>Beschreibung der Maßnahmen</i> Neu: <ul style="list-style-type: none">• Ggf. der geplanten Überwachungsmechanismen• Schwere Unfälle/Katastrophen: Soweit angemessen Bereitschafts- und vorgesehene Bekämpfungsmaßnahmen für derartige Krisenfälle	×	Teilweise bereits gängige Praxis Legistische Adaptierung des § 6 (UVE)
Referenzliste der Quellen	×	Großteils bereits gängige Praxis Adaptierung des § 6 (UVE)
Berücksichtigung anderer einschlägiger Prüfungen bei der Erstellung der UVE	✓	z.B. Verweis auf SUP in § 6 sowie Behandlung im konzentrierten Genehmigungsverfahren (z.B. IPPC)



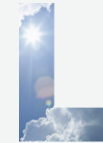
QUALITÄTSKONTROLLE (ART. 5 ABS. 2 UND 3)

UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
Qualitätskontrolle (Art. 5 Abs. 2 und 3)		
<i>Projektwerber:</i> UVE-Erstellung von kompetenten Fachleuten	✓	Ergänzung in § 6 Abs. 2 aber grundsätzlich gängige Praxis in Österreich
<i>Behörde:</i> Ausreichende Fachkenntnis zur Prüfung der UVE	✓	Siehe §§ 12 und 12a bzw. 24c und 24d (Umweltverträglichkeitsgutachten und zusammenfassende Bewertung) sowie § 3b (Bestellung nicht amtlicher Sachverständiger)
Anforderung ergänzender Unterlagen wenn notwendig		siehe § 5



ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG (ART. 6 UND 7)

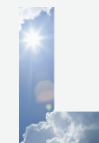
UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
Öffentlichkeitsbeteiligung (Art. 6)		
<ul style="list-style-type: none">• Verpflichtende elektronische Kundmachung des Vorhabens• Elektronische Zugänglichkeit der einschlägigen Informationen (zentrales Portal oder einfach zugängliche Zugangspunkte)	×	Adaptierung des § 9 Öffentliche Auflage in § 9 geregelt sowie nach AVG
Öffentliche Auflage der UVE mind. 30 Tage	✓	Siehe § 9, öffentliche Auflage mind. sechs Wochen
Grenzüberschreitende Umweltauswirkungen (Art. 7)		
Geringfügige Adaptierungen bei zwischenstaatlichen Konsultationen	✓	Siehe § 10



GENEHMIGUNGSENTSCHEIDUNG (ART. 8 UND 8A)

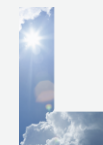
UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
Berücksichtigung der UVP		
<i>Inhalt der Genehmigungsentscheidung</i> <ul style="list-style-type: none">• Begründete Schlussfolgerung der Behörde• Allfällige Umweltauflagen, Beschreibung der Maßnahmen gegen erhebliche Umweltauswirkungen• Sicherstellung der Umsetzung dieser Maßnahmen durch PW	✓	Siehe §§ 17 bzw. 24
<ul style="list-style-type: none">• Verpflichtung zur Überwachung erheblicher Umweltauswirkungen• Angemessene Wahl der Parameter und Dauer	×	Ergänzung in §§ 17 Abs. 4 und 24 Abs. 3 bzgl. der Angabe von Überwachungsmaßnahmen im Bescheid
Sicherstellung von Genehmigungsentscheidungen „innerhalb eines angemessenen Zeitraums“	✓	Verfahrensfristen in § 7 mit 9 Monaten bzw. 12 Monaten (3. Abschnitt)
Sicherstellung der Aktualität der UVP	✓	Konzentriertes Genehmigungsverfahren mit aktueller Sach- und Rechtslage

SONSTIGES

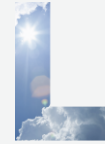


UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
<p>Veröffentlichung der Entscheidung (Art. 9) Geringfügige Adaptierungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unverzögliche Bekanntgabe der Entscheidung • Inhalt und Hauptgründe • Angaben zur Öffentlichkeitsbeteiligung 	✓	Siehe § 17 Abs. 7 und 8 bzw. § 24f
<p>Objektivität der Behörde (Art. 9a) Organisatorische Trennung und Unabhängigkeit der UVP-Behörde</p>	✓	
<p>Sanktionen (Art. 10a)</p>	✓	Siehe § 45 (Strafbestimmungen)

SONSTIGES



UVP-ÄndRL 2014/52/EU	erfüllt	Umsetzung im UVP-G 2000
<p>Berichtspflichten (Art. 12) Sofern verfügbar:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anzahl der UVPs • Aufschlüsselung nach Projektkategorien • Anzahl der Feststellungsverfahren • Durchschnittliche Dauer • Abschätzungen zu Kosten 	✓	Daten sind großteils in der UVP-Dokumentation gemäß § 43 verfügbar und können übermittelt werden
<p>Umsetzung bis 16.5.2017</p>	x	
<p>Übergangsbestimmungen Anwendung der RL 2011/92/EU für Vorhaben mit Einleitung des Feststellungsverfahrens sowie Vorlage der UVE oder Einleitung eines Vorverfahrens vor dem 16.5.2017</p>	x	Ergänzung der Übergangsbestimmungen in § 46



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Kontakt:

DI Susanna Eberhartinger-Tafill

BMLFUW, Abt. I/1

E-Mail: susanna.eberhartinger-tafill@bmlfuw.gv.at

Tel: 01 711 00 612114